



Medienkonferenz vom 22. November 2013

Keine Vergiftung unserer Böden durch Erdgasförderung  
Lancierung der Stopp-Fracking-Initiative

Das Thema „Fracking“ auf nationaler Ebene – ist es überhaupt eins?

Aline Trede, Nationalrätin Grüne

*(Es gilt das gesprochene Wort.)*

Sehr geehrte Medienschaffende  
Sehr geehrte Gäste

Meinen ersten Vorstoss im Nationalrat habe ich zum Thema „Fracking“ gemacht. Wenn ich das jemandem erzähle, heisst es oftmals: „Es ist unglaublich, dass überhaupt über den Einsatz einer solchen Technologie nachgedacht wird.“ Umso wichtiger ist es, jetzt zu reagieren, denn auch in der Schweiz ist man bereits wesentlich weiter, als es die breite Öffentlichkeit wahrnimmt.

Bundesrat und Nationalrat haben mein Postulat angenommen, das einen umfassenden Bericht über Fracking in der Schweiz fordert. Das freut uns Grüne auch im Kanton Bern sehr. Regierung und Parlament haben also erkannt, dass Handlungsbedarf besteht. Der Bundesrat muss bei der Beantwortung des Postulats auch zu einem Fracking-Moratorium Stellung nehmen.

Die Situation in der Schweiz ist momentan so, dass die Regelung über unterirdische Bodenschätze in Kantonshoheit liegt – das ist das so genannte Bergregal. Der Bund hat entsprechend auch keine Strategie für den Umgang mit Fracking. Es ist darum wichtig, dass wir auf kantonaler Ebene den entscheidenden Schritt vorwärts gehen.

Für die Grünen ist klar, dass die Zukunft erneuerbar sein muss. Wir sollten keine weiteren Investitionen in endliche Ressourcen stecken, sondern den erneuerbaren Weg konsequent einschlagen. Die nationale Energiestrategie muss ohne Gasförderung auskommen. Dass und wie es ohne endliche Energieressourcen geht, haben die Grünen bereits vor zwei Jahren aufgezeigt.

Auf nationaler Ebene fordern die Grünen:

- keine konventionelle oder unkonventionelle Förderung von fossilen Energieträgern in der Schweiz;
- eine einheitliche Regelung von Tiefenbohrungen und eine klare Koordination zwischen den Kantonen. Ob vom Bundesrat oder der Energiedirektorenkonferenz, ist zu entscheiden;
- dass grenzüberschreitende Vorhaben, welche die Technologie der hydraulischen Frakturierung (Fracking) anwenden, einer obligatorischen Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) zu unterziehen sind. Die Projekte müssen deshalb in die Projektliste der Espoo-Konvention über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen aufgenommen werden;
- dass jegliche Resultate aus Probebohrungen öffentlich gemacht werden und für alle zugänglich sind.

Die Grünen wehren sich bereits in anderen Kantonen, in denen es Vorhaben für die Förderung von fossilen Energieträgern gibt:

- Die Grünen Neuenburg planen eine kantonale Initiative, um ein Projekt für Probebohrungen in Noiraigue zu verhindern.
- Die Grünen des Kantons St. Gallen bekämpfen Vorhaben in der Region Konstanz und Biberach am Bodensee gemeinsam mit den Grünen in Deutschland und Österreich.
- Dank einer Motion der Grünen wird der Kanton Genf die unkonventionelle Förderung von Erdgas untersagen und sich in den grenzüberschreitenden Gremien gegen das Erdgas-Fracking einsetzen.
- Auch im Kanton Waadt haben die Grünen zu einem Moratorium der unkonventionellen Förderung von fossilen Energien beigetragen.

Ich bin sehr froh, dass wir in Bern nun auch mit der Unterschriftensammlung starten können.